



Das Gespräch führte Nils Markwardt / Fotos von Melke Fischer

Im Café Oosten, das nur einen Steinwurf von der Europäischen Zentralbank entfernt liegt, verfließen Vergangenheit und Zukunft. Erinnert der alte Verladekran auf dem Dach an jene Zeit, als hier noch Arbeiter am Frankfurter Osthafen malochten, verrät die modern-minimalistische Innenarchitektur, dass das Viertel mittlerweile eher von Bankern, Selbstständigen oder Kreativen bevölkert wird. Unweigerlich stellt also schon der Ort dieses Dialogs die Frage, welche sozialen Chancen und Verwerfungen der gegenwärtige Wandel der Arbeitsgesellschaft mit sich bringt. Der linke Soziologe Oliver Nachtwey, der kürzlich eine Auswahl der Schriften von Karl Marx herausgab, sieht Deutschland heute als „Abstiegsgesellschaft“ und plädiert für einen demokratischen Sozialismus. Die liberale Politologin Ulrike Ackermann, Herausgeberin der gesammelten Schriften John Stuart Mills, setzt hingegen auf die Freiheit der individuellen Selbstermächtigung. Stoff genug für eine kontroverse Diskussion, zu deren Beginn sich pünktlich die Sonne zwischen den Wolken über der Frankfurter Skyline zeigt.



Wie viel Gleichheit verträgt die Freiheit?

Die Fortschrittserzählung, dass alle vom Wohlstand profitieren, wird zunehmend porös. Ist also mehr Staat gefragt? Oder steht der Einzelne in der Pflicht? Die Politologin **Ulrike Ackermann** und der Soziologe **Oliver Nachtwey** über das richtige Verhältnis von Umverteilung und Selbstbestimmung

Ulrike Ackermann

Ulrike Ackermann ist Politikwissenschaftlerin und lehrte bis 2014 als Professorin an der SRH Hochschule Heidelberg. 2009 gründete sie das John Stuart Mill Institut, dessen Direktorin sie bis heute ist. Zuletzt gab sie den Sammelband „Genuss - Askese - Moral. Über die Paternalisierung des guten Lebens“ (Humanities Online, 2016) heraus

Oliver Nachtwey

Oliver Nachtwey lehrt als Professor für Sozialstrukturanalyse an der Universität Basel. 2016 veröffentlichte er die viel diskutierte Studie „Die Abstiegs-gesellschaft“ (Suhrkamp). Zuletzt erschien von ihm als Mitherausgeber: „Karl Marx. Kritik des Kapitalismus. Schriften zu Philosophie, Ökonomie, Politik und Soziologie“ (Suhrkamp, 2018)

Philosophie Magazin: Frau Ackermann, Herr Nachtwey, geht es in Deutschland gerecht zu?

Ulrike Ackermann: Das kommt immer auf den Vergleich an. In Relation zu vielen anderen Ländern, auch den europäischen Nachbarstaaten, steht Deutschland mit seinem gut ausgebauten sozialen Netz ziemlich positiv da.

Oliver Nachtwey: Schaut man jedoch in die skandinavischen Länder, sieht es noch mal anders aus. Vor allem aber finde ich es falsch nach 30 Jahren

Neoliberalismus zu sagen: Uns geht es weniger schlecht als den anderen. Ich würde lieber fragen, was in unserer Gesellschaft eigentlich möglich wäre. Denn wir verzeichnen zwar einen starken Zuwachs an Wohlstand, dessen Verteilung zeigt jedoch klare Gerechtigkeitsdefizite, besonders bei den unteren 40 Prozent der Bevölkerung. Die haben zwischen 1994 und 2014 reale Verluste bei den Haushaltseinkommen erlitten. Das finde ich weder gerecht noch hinnehmbar.

Ackermann: Man muss sich hier den Begriff Gerechtigkeit genauer ansehen.

Dieser ist ja zunächst eng mit der Entstehung des Staatsbürgers im Zuge der Französischen Revolution verbunden. Und da meinte er zunächst einmal die Gleichheit vor dem Recht. Mit dem Aufkommen der sozialen Frage im Laufe des 19. Jahrhunderts wurde er dann noch einmal anders konnotiert. Es gibt also eigentlich zwei unterschiedliche Begriffe von Gerechtigkeit. Zum einen den klassischen, der unterstellt, dass alle Bürger vor dem Recht gleich sind und ihr Leben in die eigene Hand nehmen können. Zum anderen den der sozialen Gerechtigkeit, wo es um Ergebnisgleichheit >>>

>>> geht, also nicht nur um Gleichheit nur vor dem Gesetz, sondern auch bei den Lebensverhältnissen. Und das ist eine völlig andere Herangehensweise.

Nachtwey: Ich würde ja gerne mal wissen, in welchem Text zur sozialen Gerechtigkeit die Rede von Ergebnisgleichheit ist. Ich kenne nämlich keinen, weder bei Marx noch anderswo.

Ackermann: Aber was meint denn „Aufhebung der Klassen“ anderes als Ergebnisgleichheit?

Nachtwey: Aufhebung der Klassen bezieht sich auf ungleiche Ressourcen, also auf Voraussetzungen und nicht Ergebnisse. Das „Kommunistische Manifest“ endet mit einem Verweis auf Freiheit, nicht auf soziale Gleichheit: „eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“. Und genau darum geht es bei Marx, um das Verhältnis von Freiheit und Gerechtigkeit. Um tatsächlich ein freies Leben führen zu können, bedarf es jedoch einiger Voraussetzungen. Die sind sowohl rechtlich als auch sozial. Und deshalb geht es in allen linken Gerechtigkeitsdiskussionen nicht um Ergebnisgleichheit, sondern um eine Frage der sozialen Verhältnisse. Schließlich hat sich auch die Arbeiterbewegung mit dem Slogan „Ein gerechter Lohn für ein gerechtes Tagewerk“ gegründet. Da geht es um Proportionalität, Würde, Anerkennung und um die Frage, wie man sein Leben bestreiten kann. In Marx' Idee der kommunistischen Gesellschaft wird demokratisch über die Produktionsmittel entschieden, während die Verteilung nach dem Motto „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ erfolgt. Auch hier zielt er nicht auf Ergebnisgleichheit, sondern darauf, wie Menschen sich einbringen und was sie brauchen.

Ackermann: Das wäre dann das Paradies auf Erden. Und die Geschichte hat gezeigt, dass die politischen Experimente, die solch ein Paradies schaffen wollten, gescheitert sind. Es ist vielmehr die soziale Marktwirtschaft, die als historischer Sieger aus den gesellschaftlichen Kämpfen des 19. und 20. Jahrhunderts hervorgegangen ist. Das heißt nicht, dass

diese nicht auch krisenanfällig wäre, das hat die Finanzkrise ja gezeigt. Doch mit Marx unsere gegenwärtigen Krisen lösen zu wollen, halte ich für vermessen.

PM: Als Gründerin des John Stuart Mill Instituts haben Sie sich indes viel mit einem anderen Philosophen des 19. Jahrhunderts beschäftigt. Warum erscheint ihnen Mill im Gegensatz zu Marx heute noch aktuell?

Ackermann: Ich finde John Stuart Mill, der als Nationalökonom auch ein Nachfolger Adam Smiths war, nach wie vor hochinteressant. Bei seinem Freiheitsbegriff hatte er stets die Bedeutung der Autonomie, der Selbstermächtigung und Selbstbestimmung des Individuums vor Augen, die auch einschloss, dass jeder zum Unternehmer werden kann. Gleichzeitig ging er aber auch davon aus, dass der Staat für eine bestimmte Grundversicherung zuständig ist. Mill war klar: Je eigenständiger und selbstständiger Individuen sind, desto selbstständiger und freier ist auch eine Gesellschaft. Indem die Menschen entsprechend der Vielfalt der Charaktere und Meinungen ihren Lebensplan entwerfen und ihm folgen, schaffen sie überhaupt erst die Pluralität der Lebensstile; gesellschaftliche Reformen und kultureller Fortschritt gehen einher mit Selbsterziehung. Mills Utilitarismus strebte einen Ausgleich zwischen individueller Freiheit und dem persönlichen Streben nach Glück und dem Gemeinwohl – und damit dem Glück und der Freiheit vieler – an.

PM: Der heutige Neoliberalismus wird jedoch nicht mehr nur mit Freiheit, sondern vor allem auch mit Regellosigkeit assoziiert.

Ackermann: Das ist bizarr, weil die Erfindung des Begriffs etwas ganz anderes meinte: Als 1938 Ökonomen wie Friedrich Hayek, Ludwig von Mises, Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow auf einer Konferenz in Paris den „Neoliberalismus“ prägten, kritisierten sie damit das bis dahin geltende Dogma vom Laissez-faire und der weitgehenden Selbstregulierung des Marktes. Der Niedergang des Liberalismus und Erfolg des Kommunismus, Nationalsozialismus und Faschismus war für sie auch eine Reaktion

„Gerechtigkeit gründet sich auf soziale und rechtliche Voraussetzungen, die ein freies Leben erst ermöglichen“

Oliver Nachtwey

auf das freie Spiel der Märkte. Ein starker Staat solle deshalb den Wettbewerb sichern und Kartell- und Monopolbildung verhindern. Das ist der ordoliberalen Ansatz, den Ludwig Erhard hierzulande weiterentwickelte. Gerade aufgrund der Erfahrungen der Diktatur hat Deutschland nach 1945 einen starken Sozialstaat entwickelt.

PM: Seit einiger Zeit wird jedoch dessen Abbau diagnostiziert. Ging es früher demnach gerechter zu?

Nachtwey: Es war früher nicht gerechter, sondern anders ungerecht. In der Gesellschaft der 1960er- und 1970er-Jahre gab es eine verstärkte Aufwärtsmobilität für die Arbeiterschaft. Und zwar auf mehreren Ebenen: starke Einkommensverbesserungen, mehr betriebliche Mitbestimmung, mehr sozialstaatliche Sicherung. Doch beruhte dieser Aufstieg deutscher Facharbeiter zum einen auf der Unterschichtung von Migranten, zum anderen auf dem Male-Breadwinner-Modell, es gab also eine starke Segmentierung zwischen Frauen- und Männererwerbstätigkeit. Das hat sich mittlerweile geändert. Der Zugewinn an sozialen Arbeitsrechten ist wieder abgeschwächt worden, während die Rechte von Frauen und Migranten gestärkt wurden. Man kann deshalb von einer „regressiven Modernisierung“ sprechen, von einem Fortschritt, der gleichzeitig einen gewissen Rückschritt in sich trägt.

PM: In Ihrem gleichnamigen Buch diagnostizieren Sie sogar eine „Abstiegs-gesellschaft“. Worin äußert sich die?



Nachtwey: Der Soziologe Ulrich Beck prägte einst den Begriff des Fahrstuhl-effekts. Demnach gab es im Nachkriegs-europa zwar Unterschiede zwischen den Armen und Reichen, aber beide sind zusammen nach oben gefahren, haben also jeweils einen größeren Anteil am Volkseinkommen erhalten. Heute greift eher die Rolltreppen-Metapher. Wobei Abstiegsgesellschaft nicht meint, dass alle absteigen, sondern dass die immer stärker auf Wettbewerb ausgerichtete Gesellschaft sich für viele Menschen wie eine nach unten fahrende Rolltreppe verhält: Um nicht abzusteigen, müssen sie dagegen anlaufen. Zudem erleben wir eine stärkere Polarisierung. Die oberen zwei Drittel haben eine Vielzahl an Chancen, während das untere Drittel in den Lebensverhältnissen stagniert.

PM: Hängt das auch damit zusammen, dass einstmals staatliche Aufgaben zunehmend dem Markt überlassen werden?

Nachtwey: Das kommt darauf an, denn wir erleben im Zuge des Neoliberalismus keineswegs nur eine einfache

Vermarktlichung. Die Hartz-Reformen waren beispielsweise nicht der Ausdruck eines zurückfahrenden, sondern eines ausfahrenden Staates. Hier ging es schließlich um eine Aktivierungspolitik, bei der Leistungskürzungen mit der Einführung eines stärkeren Kontrollregimes verbunden wurden.

Ackermann: Auch hier müssen wir uns aber wieder im Vergleich wahrnehmen. Nach den Hartz-Reformen steht Deutschland im europäischen Vergleich bestens da. Viele Nachbarländer haben hingegen eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, sodass ihnen das Verschleppen ähnlicher Reformen nun auf die Füße fällt. Dennoch gebe ich Ihnen recht, dass es heute verstärkt diese Abstiegsgefahr gibt. Mein Blick geht da aber auch auf die schrumpfende Mittelschicht. Der Staat hat seit geraumer Zeit große Steuereinnahmen und gibt davon wenig an die Bürger zurück. Besonders schröpft er mit seiner Steuererhebung genau diese Mittelschicht.

Nachtwey: Es gibt allerdings kaum empirische Belege, dass die Agenda-

2010-Reformen etwas zur ökonomischen Prosperität beigetragen haben. Was die Besteuerung betrifft, es ist schon ein Fortschritt, wenn man zu Helmut Kohl zurückkehrte – also 53 Prozent Spitzensteuersatz. Den müssten dann aber auch vor allem die hohen Einkommen zahlen.

PM: John Rawls hat in seiner „Theorie der Gerechtigkeit“ das „Differenzprinzip“ formuliert, wonach soziale Ungleichheiten nur dann zu akzeptieren sind, wenn sie Vorteile für jedermann, also auch für die Schwächsten ergeben. Würden Sie dem folgen?

Nachtwey: Rawls Theorie ist attraktiv, weil sie Gleichheit, soziale Differenzierung und Freiheit in ein Verhältnis setzt, wo sich diese Kategorien ergänzen und nicht ausschließen. Allerdings teile ich den von marxistischen Philosophen wie Gerald Cohen vorgebrachten Einwand, dass Rawls zu kurz greift, weil er Ausbeutungs- und Eigentumsverhältnisse nicht in den Blick nimmt.

Ackermann: Ich halte es da lieber mit Ralf Dahrendorf: Die Gleichheit vor dem Gesetz ist gewissermaßen die Voraussetzung für soziale Differenzierung, auch wenn sie soziale Ungleichheit schafft. Der Staat in einem freiheitlich-demokratischen Gemeinwesen hat die Aufgabe, für Chancengerechtigkeit zu sorgen.

PM: Was die Gerechtigkeitsdebatten zunehmend auch bestimmt, ist Angst vor der Digitalisierung, von der viele befürchten, dass sie Millionen Jobs weg-rationalisieren wird.

Nachtwey: Ich finde es zum Teil verantwortungslos, wie mit der Digitalisierungsdebatte umgegangen wird. Zum einen zeigt die Geschichte der Industrialisierung, dass neue Technologien schon immer alte Jobs überflüssig gemacht haben, von den Webstühlen bis zum Fließband. Zum anderen wird oft nicht berücksichtigt, wie viele neue Arbeitsplätze gleichzeitig entstehen. Nicht umsonst haben die beiden Länder mit dem höchsten industriellen Automatisierungsgrad, nämlich Deutschland und Japan, auch die höchste Effektivität und >>>

>>> die höchste Beschäftigungsquote. Was wir hingegen wahrscheinlich sehen werden, ist eine starke Neusegmentierung des Arbeitsmarkts. Es gibt die hoch qualifizierten und sehr gut bezahlten Arbeitnehmer, für die jedoch die Hemden gebügelt oder Sandwiches gemacht werden müssen, weshalb Reproduktionstätigkeiten massiv zunehmen werden. Zudem wird es einen neuen Beschäftigungstypus geben: die Kontingenzarbeitskraft. Die beschreibt Menschen, die nie ganz selbstständig, aber auch nie ganz angestellt sind. Wie das reguliert werden soll, darum wird gerade gekämpft. Der Fahrdienstleister Uber führt beispielsweise gerade international mehrere Rechtsstreite, in denen es darum geht, dass dessen Fahrer keine Selbstständigen mehr sein wollen, sondern Angestellte.

Ackermann: Umso wichtiger wird vor diesem Hintergrund auch, mit welchen Qualifikationen Menschen in diese neuen Arbeitsmärkte eintreten. Und hier ist tatsächlich der Staat gefordert, viel mehr zu investieren. Es reicht eben nicht, in jeder Schulklasse ein paar iPads zu verteilen. Der Glaube, dass die für die Zukunft wichtigen Kompetenzen so erworben werden können, ist irrig. Deshalb möchte ich ein leidenschaftliches Plädoyer für das humboldtsche Bildungsverständnis halten und die Persönlichkeitsentwicklung in den Vordergrund stellen. In unserem Bildungssystem wird ein zentraler Punkt viel zu wenig gelehrt, nämlich wie man sein Leben selbst in die Hand nimmt, selbst Unternehmer sein kann. Das wäre für die Chancengerechtigkeit aber extrem wichtig.

PM: Die Zunahme der Reproduktionstätigkeiten wurde bereits angesprochen. Wird der Umgang mit Care-Arbeit eine der Schlüsselfragen der Zukunft?

Ackermann: Allein aufgrund der gesellschaftlichen Überalterung, die von der Gesundheitspolitik völlig verschlafen wurde, wird das Care-Thema eine immer größere Rolle spielen. Bei der Pflege wird ja beispielsweise diskutiert, inwiefern die Familien diese übernehmen müssen. Das setzt meist aber jene klassischen Familien- und Geschlechterordnungen voraus, die sich aktuell in der



Auflösung befinden. Insofern wird die Gesellschaft damit umgehen müssen, dass Frauen jene Arbeit, die sie über Jahrhunderte unentgeltlich verrichtet haben, so nicht mehr ohne Bezahlung machen werden. Und dafür muss man eine Lösung finden. John Stuart Mill und seine spätere Ehefrau Harriet Taylor haben schon frühzeitig in ihren gemeinsamen Schriften darauf hingewiesen, dass die Ungleichbehandlung der Geschlechter gesellschaftlichen Fortschritt behindert. Die Gleichberechtigung der Geschlechter war für sie die Vorbedingung für individuelle Selbstbestimmung und gesellschaftliche Freiheit.

PM: Eine andere Forderung, um die Geschlechtergerechtigkeit zu verbessern, ist die Frauenquote. Brauchen wir diese?

Nachtwey: Ich glaube, wir werden nicht darum herumkommen. Denn es gibt hier zwar schon deutliche Fortschritt

, in Deutschland gibt es etwa eine Kanzlerin und eine Verteidigungsministerin ...

Ackermann: ... aber eben ohne Quote.

Nachtwey: Ja, aber wenn wir uns dann anschauen, wie in deutschen Unternehmen die Vorstandsposten und Aufsichtsräte besetzt oder die Professuren an Universitäten verteilt sind, sehen wir noch keine Gerechtigkeit. Insgesamt würde ich eine stärkere gesellschaftliche Selbstverpflichtung und damit auch eine Quote befürworten. Ob man mit einer Quote die vor allem weibliche Beschäftigung im Niedriglohnssektor bekämpfen kann, darf bezweifelt werden.

Ackermann: Ich frage mich natürlich ebenso, wie man hier vorankommen kann. Aber ich denke, das kann nur durch gesellschaftlichen Druck passieren, nicht durch Quoten. Diese jüngst

„Das Wichtigste ist, dass Menschen Kompetenzen erwerben können, um sich durch Arbeit selbst zu versorgen“

Ulrike Ackermann

diskutierte Idee, dass im Bundestag eine Parität von Männern und Frauen gesetzlich erzwungen werden soll, halte ich beispielsweise für Unsinn. Nicht nur, weil hier zum Teil eine Viktimisierung von Frauen mitschwingt, die ich problematisch finde, sondern auch, weil so im Endeffekt permanente „Opferkollektive“ entstehen, die dann per Quote entsprechend repräsentiert sein müssten. Bei den Bundestagsabgeordneten gibt es beispielsweise sehr viele Juristen und Vertreter des öffentlichen Dienstes. Müssten dann nicht aber auch alle anderen Berufsgruppen entsprechend vertreten sein? Und wie verhält es sich mit allen in Deutschland lebenden Minderheiten? Solche Paritätsforderungen würden letztlich das Prinzip der demokratischen Repräsentation aushebeln, es werden Personen gewählt, keine Kollektive.

Nachtwey: Aber bedeutet das Prinzip der demokratischen Repräsentation dann nicht gerade auch, dass der größere Teil Bevölkerung, also Frauen, entsprechend im Bundestag vertreten ist?

Ackermann: Ich finde es ja ebenso skandalös, dass so wenige Frauen im Bundestag sitzen. Die Frage ist aber, wie man das ändern kann. Und da scheint mir die staatliche Quotierung der falsche Weg.

PM: Geht es um soziale Gerechtigkeit, wird schließlich noch eine ganz grundsätzliche Veränderung der sozialen Sicherungssysteme diskutiert: die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Eine gute Idee?

Ackermann: Ich sehe das Problem darin, dass es bestimmte Anreize abschaffen würde. Es ist völlig richtig, dass wir eine Grundsicherung für Bedürftige haben. Doch anstatt eine staatliche Alimentierung für alle einzuführen, fände ich es viel wichtiger, dass alle Menschen Kompetenzen erwerben können, um zu arbeiten und sich selbst zu versorgen.

Nachtwey: Man wird sich mit dem Grundeinkommen beschäftigen müssen. Erstens, weil es ein Bedürfnis danach gibt, und zweitens, weil es auch auf die ein oder andere Weise notwendig sein wird.

PM: Warum?

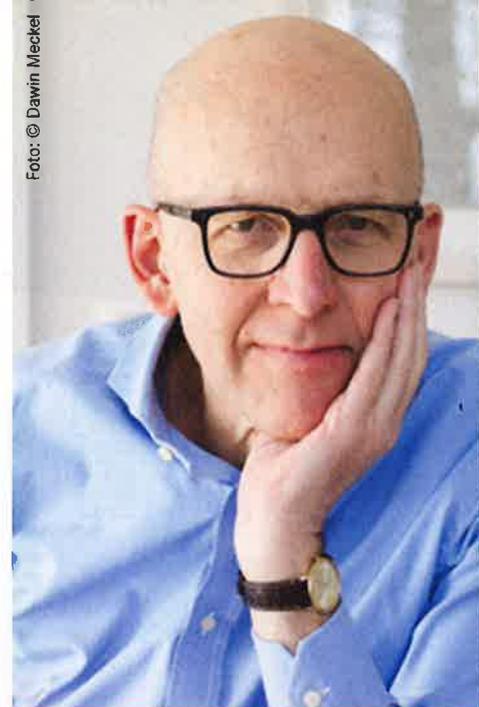
Nachtwey: Weil die gesellschaftliche Transformation derzeit so kontingent ist, dass eine gewisse Form der Grundsicherung die größten Risiken für die Mehrheit abfedern könnte. Konkret wäre ich jedoch eher für den Einstieg in eine demokratische Sozialisierung der europäischen Großkonzerne und würde über diesen Weg versuchen, mehr demokratische Mitbestimmung in der Wirtschaft zu schaffen und beispielsweise Ressourcen für eine europäische Sozialversicherung freizustellen. Ähnliches wurde in Schweden auch schon mal ausprobiert. Konzerne mussten einen Teil ihrer Aktien in Genossenschaften ausgeben und das hat gut funktioniert. Wobei das jedoch in der Sache etwas komplizierter ist, während das Grundeinkommen auch deshalb so beliebt scheint, weil man da so schön Ja oder Nein sagen kann.

PM: Wenn Sie es abschließend noch einmal auf einen Punkt bringen müssten: Was wäre für Sie das wichtigste Prinzip einer gerechten Gesellschaft?

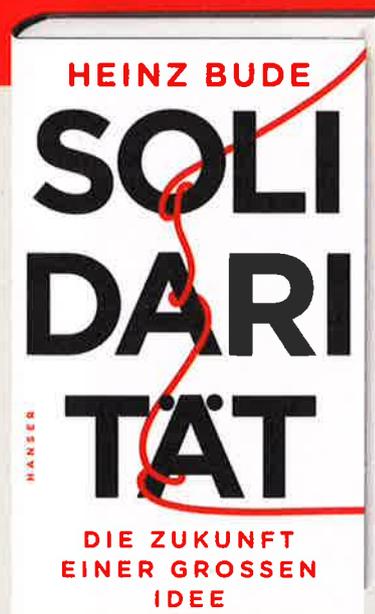
Ackermann: Chancengerechtigkeit als Voraussetzung, sein eigenes Leben in Freiheit gestalten zu können, ohne anderen dadurch zu schaden und zugleich damit die Freiheitsoptionen für alle zu erhöhen.

Nachtwey: Soziale Freiheit. Diese wird jedoch als allgemeines Prinzip erst im demokratischen Sozialismus zu realisieren sein, da der Kapitalismus Freiheit und Ressourcen systematisch ungleich verteilt. /

Foto: © Dawin Meckel



Heinz Bude



Kann Solidarität unsere Gesellschaft vor dem Auseinanderbrechen bewahren? Heinz Bude appelliert an eine neue Art des Zusammenlebens. Seine Reflexionen über die solidarische Existenz liefern die Antworten auf die soziale Frage unserer Zeit.

176 Seiten. Gebunden. Auch als E-Book
hanser-literaturverlage.de

HANSER
BÜCHER DER SECHS